

Gabriel: Kein »Lex Kuka«

Minister lehnt Gesetzesverschärfung wegen Anteilskauf beim Roboterhersteller durch Chinesen ab

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel plant ungeachtet der angestrebten Teilübernahme des bundesdeutschen Roboterherstellers Kuka durch den Haushaltsgeräteproduzenten Midea keine Gesetzesänderung zum Schutz vor chinesischen Investoren. »Es geht nicht um eine konkrete Verschärfung des Außenwirtschaftsgesetzes«, sagte der SPD-Politiker und Vizekanzler am Mittwoch in Berlin. »Es gibt garantiert kein Kuka-Gesetz. Das ist Quatsch.«

Dass Wirtschaftspartner aus der Volksrepublik der deutschen Politik

nicht geheuer sind, hänge nicht mit der Nationalität, sondern von den jeweiligen Produktionsbedingungen zusammen. Gabriel machte deutlich, dass er dafür sei, auf EU-Ebene über »faire« Wettbewerbsbedingungen nachzudenken und dafür Regeln zu schaffen. »Es geht nicht um Protektionismus«, so Gabriel weiter. »Es geht darum, Fairness einzufordern.« Deutsche Arbeitsplätze dürften nicht auf dem Altar der Marktwirtschaft geopfert werden, es müsse gleiche Spielregeln geben, sagte der Minister. Hiesige Unternehmen könnten auf Dauer nicht mit staatlich

subventionierter Konkurrenz mithalten, wie das Beispiel der Stahlindustrie zeige. Damit spielte er auf den seit Monaten erhobenen Vorwurf an, Chinas Stahlkocher würden die Preise drücken, weil sie wegen hoher Überkapazitäten ihre Produkte zu subventionierten Niedrigpreisen in die Märkte drückten.

In Teilen der Bundesregierung gibt es Bedenken gegen das Übernahmeangebot aus China. Nach Informationen der Wochenzeitung *Die Zeit* (Holtbrinck-Gruppe) solle bis Sommer geprüft werden, ob eine Verschärfung des Außenwirtschaftsgesetzes sinnvoll sei.

Dieses erlaubt bislang nur die Abwehr von Übernahmen bei Gefahren für die innere wie äußere Sicherheit.

Kuka gilt als Aushängeschild deutscher Robotertechnik. Midea hatte zuletzt ein Angebot von bis zu 4,5 Milliarden Euro angekündigt – das wäre der größte Coup von chinesischen Investoren hierzulande. Ihnen gehören schon jetzt 13,5 Prozent der Kuka-Anteile, und sie streben mindestens 30 Prozent an. Der andere Großaktionär des Roboterherstellers, der Maschinenbauer Voith, hält sich sein weiteres Vorgehen offen. (Reuters/jw)